

Ansprache von Bundespräsident Dr. Thomas ***ORIGINALTEXT-SERVICE***

des "41. Österreichischen Gemeindetages" am Freitag, dem

30. September 1994 im Linzer Design Center

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am Beginn meines Grußwortes an Sie steht heuer ein besonderes Dankeschön. Denn Ihnen, den Damen und Herren Bürgermeister, den Gemeinderäten und Gemeindegemeinschaften, ist es ganz wesentlich zu verdanken, daß sich unsere Landsleute in ganz Österreich am 12. Juni so eindrucksvoll klar für ein größeres Europa ausgesprochen haben. Sie haben durch Ihre Informationen, durch Ihre Glaubwürdigkeit und Ihre Überzeugungskraft mitgeholfen, den Bürgern den Glauben an die Richtigkeit dieses Wegs zu geben. Dafür danke ich Ihnen namens unserer Republik - und ich bitte Sie, diesen Dank auch zuhause in Ihren Gemeinden weiterzugeben.

Die große Entscheidung ist also gefallen - jetzt müssen wir - wir alle - dafür sorgen, daß das, was den Mitbürgern versprochen wurde, auch in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Wir haben den Österreichern zuallererst ein Europa versprochen, in dem das Große und das Kleine, das Weite und das Überschaubare auch künftig seinen selbstverständlichen Platz hat. Eine Zeit vielfach veränderter Abläufe liegt vor uns - aber auch eine Zeit besonderer Wachsamkeit gegenüber nicht gewollten und nicht einsichtigen Zentralisierungstendenzen.

Ich bin froh darüber, daß unser Beitritt zur Europäischen Union in eine Zeit fällt, in der auch das größere Europa bereits den Wert der Regionen und der Gemeinden erkannt hat. Die Mitgliedschaft Österreichs wird heute bereits als eine wichtige Verstärkung für die Ziele der Föderalisierung und der Subsidiarität empfunden.

Ich freue mich aber auch, daß wir gerade angesichts unseres Wegs nach Europa den Wert des Föderalismus als Grundpfeiler unserer staatlichen Ordnung und unserer Eigenart wieder stärker ins Bewußtsein gerückt haben. Österreich ist dadurch vielen anderen europäischen Nationen ein gutes Stück voraus.

Ich bin überzeugt davon, daß wir es vor dem 12. Juni weit schwerer gehabt hätten, unseren Mitbürgern den Schritt hinaus in die europäische Integration zu empfehlen, wenn wir uns nicht gleichzeitig auf die föderalistische Struktur und damit auf die besondere Autonomie und Identität unserer Länder und Gemeinden hätten berufen können. Ich selbst habe wiederholt gesagt, daß wir an der Schwelle einer Epoche leben, in der die Nationalstaaten bereit und fähig sein müssen, Verantwortung nach oben - also nach Europa - , aber auch nach unten abzugeben.

Unser bundesstaatliches Prinzip baut auf dem Zusammenwirken dreier Gebietskörperschaften auf, die wir im politischen Alltag auch sehr gerne in einem Atemzug zitieren - nämlich Bund, Länder und Gemeinden.

Wenn wir gerade jetzt so leidenschaftlich von einer Bundesstaatsreform sprechen und das Wort "Subsidiarität" so oft im Munde führen, dann darf auch das Bekenntnis zu starken, selbstverwalteten Gemeinden nicht ein leeres Lippenbekenntnis bleiben. Der Bundesstaat mag zwar staats- und verfassungsrechtlich bei den Ländern enden - für den Bürger beginnt er zuerst und vor allem in den Gemeinden.

Sie, die Gemeinde-Verwaltungen, sind die unmittelbarsten Ansprechpartner der Menschen. Sie sind die wichtigsten Bürger-Servicestellen unseres Landes - und die genauesten Seismographen am Puls des Volkswillens.

Es ist also ganz entscheidend, den Bürgern klar zu machen, daß Österreichs Gemeindeautonomie nicht nur weltweit herzeigbar ist - sie ist auch durch den Beitritt in die Europäische Union in keiner Weise gefährdet. An der programmatischen Erklärung von 1848, daß "die Grundfeste des freien Staates die freie Gemeinde ist", ändert der EU-Beitritt überhaupt nichts.

Was wir jetzt aber zu tun haben, um mit starken Gemeinden in ein größeres Europa zu gehen, ist die Absicherung unserer Kommunen in rechtlicher und in finanzieller Hinsicht.

Ich kenne die Bedrohungen, die sich für viele Gemeinden aus der Abschaffung von gemeindeeigenen Steuern ergeben - und ich verstehe das Anliegen, daß der Anteil der Gemeinden aus dem Gesamtsteuertopf jedenfalls nicht kleiner als bisher werden darf.

Ich kenne auch die enormen Schwierigkeiten vieler finanzschwacher, kleiner Gemeinden, ihren Bürgern jene Infrastruktur und Lebensqualität zur Verfügung zu stellen, die eine weitere Abwanderung in die großen Ballungsräume verhindert. Wenn wir die Entvölkerung weiter Landesteile nicht wollen, müssen wir auf dem Weg über nationale und nun auch über europäische Förderungssysteme einen gerechten Ausgleich schaffen. Österreich schöpft seine besondere Eigenart und seine Attraktivität eben nicht nur aus der Anziehungskraft seiner Städte, sondern sehr wesentlich auch aus dem besonderen Reiz seiner mehr als zweitausend lebendigen und lebenswerten Gemeinden.

Meine Damen und Herren!

Ich bin in den vergangenen Wochen viel in den Bundesländern gewesen - zuletzt auch mit einem Hubschrauber unterwegs zum Amtstag in einem abgelegenen Teil Österreichs. Ich habe unter mir ein herrliches und wohlgeordnetes, ein friedliches Land in beispielhaftem Wohlstand liegen gesehen. Und ich habe überall Mitbürger getroffen, die ein selbststbewußtes und optimistisches Österreich repräsentieren.

Ich weiß, welche hervorragende Arbeit in tausenden österreichischen Gemeinden geleistet wird - und wieviele zehntausende Mandatare in diesem Land Tag für Tag nicht zuerst für sich oder ihre Partei, sondern für die Menschen in diesem Land arbeiten.

Mehr als irgendwo sonst ist die Kraft des Gemeinsamen in unseren Gemeinden spürbar. Sie sind die eigentlichen Tankstellen des intakten Österreichbewußtseins - und sie werden das hoffentlich auch in einem größeren Europa sein.

Natürlich weiß ich auch, wieviele Aufgaben - zusätzlich zu den bisherigen - durch den EU-Beitritt jetzt auf die Gemeinden - auf Sie, die Bürgermeister, auf die Gemeinderäte und Gemeindebediensteten - zukommen. Ich denke hier nur an die Niederlassungsfreiheit und das Vergabewesen, an die Ausschreibungsverfahren, an die Führung gemeindeeigener Betriebe und an das Subventionswesen.

Für Sie, meine Damen und Herren, hat neben der gewohnten Alltagsarbeit nun auch noch eine Zeit des Lernens und des Umdenkens begonnen.

Ich weiß aber aus vielen Gesprächen, mit welcher großen Hoffnungen die Menschen in den wirtschaftlich benachteiligten Regionen jetzt einem Aufschwung durch neue europäische Fördermittel entgegenblicken.

Der Österreichische Gemeindebund steht angesichts dieser großen Herausforderungen vor ganz neuen Aufgaben. Denn mehr denn je brauchen die Gemeinden den ständigen Austausch von Informationen und Erkenntnissen, das Zusammenarbeiten und den inneren Zusammenhalt. Ich bin froh, daß der Gemeindebund unter Führung seines Präsidenten Romeder so intensive Vorarbeiten geleistet hat, um den Gemeinden das notwendige Rüstzeug bereitzustellen, das sie brauchen, um ihren Platz in der EU einnehmen zu können.

Die Gemeindeämter in ganz Österreich werden in der vor uns liegenden Zeit des Wandels noch mehr an persönlicher Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft im Umgang mit den Sorgen und Wünschen der Bürger benötigen. So ist es mir heute ein besonderes Anliegen, Ihnen allen und ihren vielen tausenden Mandataren und Mitarbeitern auch meinen persönlichen Dank für ihre verantwortungsvolle Arbeit auszusprechen - und Ihnen gleichzeitig für Ihr weiteres Wirken alles Gute zu wünschen. Mögen Ihnen die Beratungen dieses 41. Gemeindetages die Bewältigung der schwierigen vor uns liegenden Aufgaben erleichtern. Meine besten Wünsche begleiten Sie!

nnnn

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

Klestil/Gemeindetag

ORIGINALTEXT-SERVICE

Bundespräsident vor Bürgermeister aus ganz Österreich:

"Zeit der Wachsamkeit vor Zentralisierungstendenzen"

Beim 41. Österreichischen Gemeindetag in Linz: "Nationalstaaten müssen Verantwortung nach Europa, aber auch nach unten abgeben!"

Bundespräsident Dr. Thomas Klestil hat am Freitag vormittag vor dem "41. Österreichischen Gemeindetag" in Linz mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass zehntausende Mandatäre in tausenden österreichischen Gemeinden "nicht zuerst für sich oder ihre Partei, sondern für die

Menschen in diesem Land arbeiten". Die Gemeinden seien heute "die eigentlichen Tankstellen des intakten Österreich-Bewusstseins - und sie werden das hoffentlich auch in einem größeren Europa sein".

Der Bundespräsident sprach vor Bürgermeistern und Gemeindevertretern aus ganz Österreich vom Beginn einer Epoche, "in der die Nationalstaaten bereit und fähig sein müssen, Verantwortung nach oben - also nach Europa

-, aber auch nach unten abzugeben". Die Österreicher

hätten sich am 12. Juni für ein Europa entschieden, in

dem das Große und das Kleine, das Weite und das überschaubare seinen selbstverständlichen Platz finde, meinte Dr. Klestil - und mahnte in diesem Zusammenhang

zur "besonderen Wachsamkeit gegenüber nicht gewollten

und nicht einsichtigen Zentralisierungstendenzen".

Österreichs Gemeindeautonomie sei nicht nur weltweit herzeigbar - sie sei durch den Beitritt in die Europäische Union auch in keiner Weise gefährdet. Gerade deshalb müsse Österreich mit starken Gemeinden in ein größeres Europa gehen - dies bedeute aber auch die Absicherung der Kommunen in rechtlicher und finanzieller Hinsicht. Besonders verwies der Bundespräsident auf die Schwierigkeiten kleiner, finanzschwacher Gemeinden:

"Wenn wir die Entwicklung weiter Landesteile nicht

wollen, müssen wir auf dem Weg über nationale und nun

auch über europäische Förderungssysteme einen gerechten Ausgleich schaffen.

nnnn

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

EU/Gemeindetag/Oberösterreich

Österreichischer Gemeindetag: "Zukunftsperspektiven in Europa"

Utl.: Studie zu "Gemeinden unter EU-Recht" vorgestellt =

Linz (APA) - Der 41. Österreichische Gemeindetag - heute und morgen, Freitag, in Linz - steht ganz im Zeichen des bevorstehenden EU-Betrittes Österreichs. Franz Romeder, der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, stellte am Donnerstag bei einer Pressekonferenz einen, vor allem finanzielle Fragen umfassenden Forderungskatalog, vor. Der oberösterreichische Gemeindebund-

Direktor Univ. Prof. Hans Neuhofer präsentierte eine juristische Studie "Die Gemeinden unter EU-Recht". ****

Romeder sprach sich vehement gegen eine Abschaffung der Getränkesteuer aus. Diese Steuer bringt den Gemeinden österreichweit 5,3 Mrd. S jährlich. Die Getränkesteuer würde wesentlich zur Gemeindeautonomie beitragen und sei in vielen Gemeinden ein "wichtiger Finanzfaktor". Der Österreichische Gemeindebund fordert weiters ein "Initiativrecht bei Bundes- und Landesgesetzen". Die "wirtschaftliche und finanzielle Position" der Gemeinden solle beim Finanzausgleich 1996 gestärkt werden. Detailliertere Forderungen würden nach Abschluß der "internen Diskussion" bekanntgegeben.

"Die Gemeindegeldverwaltung und die gemeindeeigenen Abgaben sind EU-konform", stellte Neuhofer fest. Ab 1.1.1996 werde es ein "kommunales Wahlrecht für alle EU-Bürger" geben - ob auch der Bürgermeister aus dem Ausland stammen könne, sei noch nicht fixiert. "Wettbewerbsverzerrende Subventionen" durch die Gemeinden sind in der EU verboten, erlaubt sind "Beihilfen für wirtschaftlich zurückgebliebene Gebiete". "Der Erwerb von Zweitwohnsitzen kann von den Gemeinden wesentlich eingeschränkt bzw. ausgeschlossen werden", erläuterte Neuhofer.
(Schluß) fob/wer/je/ss

APA283 1994-09-29/13:00

OTS0070 5 CI 0227 NLK004

Mi, 28.Sep 1994

NLK/NÖ/Gemeindetag in Linz

ORIGINALTEXT-SERVICE

Gemeindetag: Thema Europa

Forderungen an Bundesregierung und Nationalrat

Niederösterreich (NLK) - Der 41. Österreichische Gemeindetag findet an den kommenden beiden Tagen, 29. und 30. September, im Design Center Linz statt. Zentrale Themen sind "Die Zukunft der Gemeinden in einem größeren Europa" sowie die Gemeindeforderungen an die neue Bundesregierung und an den Nationalrat. Fast 2.000 Bürgermeister und weitere Kommunalpolitiker aus ganz Österreich, darunter auch eine starke NÖ-Delegation, sowie viele Gäste aus dem Ausland werden dazu erwartet, es ist dies die größte kommunalpolitische Veranstaltung des Jahres. Zum Europa-Thema wird ein vom oberösterreichischen Gemeindebunddirektor Univ.Prof. Hofrat Dr. Hans Neuhofer zusammengestelltes Buch unter dem Motto "Die Gemeinde unter EU-Recht" präsentiert. Die Spitzengremien des Gemeindebundes befassen sich darüber hinaus ganz besonders mit Forderungen der Gemeinden an den neuen Nationalrat und die neue Bundesregierung. Themen sind hier u.a. der Finanzausgleich 1996, die Spitalsreform, die Rolle der Sozialversicherungsträger, der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, Umweltmaßnahmen und ihre Finanzierung, die Weiterentwicklung des Gemeinderechtes sowie die Forderung, daß Österreichs EU-Beitritt zu keiner Beschneidung der Rechte der Gemeinden führen darf.

Donnerstag nachmittag ab 14.30 Uhr findet die Fachtagung zum Europa-Thema statt, bei der auch die Bundesminister Franz Löschnak und Jürgen Weiss teilnehmen werden. Die Hauptveranstaltung erfolgt am 30. September ab 9 Uhr, hier werden auch Landeshauptmann Josef Ratzböck, Bundespräsident Thomas Klestil und Staatssekretärin Brigitte Ederer teilnehmen. Die zentralen Forderungen der Gemeinden wird Gemeindebundpräsident Franz Romeder formulieren.

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS070 1994-09-28/10:59

OTS0049 5 CI 0134 NLK008

Fr, 08.Jul 1994

NLK/NÖ/41. Ö. Gemeindetag/Linz

ORIGINALTEXT-SERVICE

41. Ö. Gemeindetag diesmal in Linz

NÖ erst wieder im Millenniumsjahr an der Reihe

Niederösterreich (NLK) - Turnusmäßig hätte der Österreichische Gemeindetag diesmal wieder in Niederösterreich stattfinden sollen, doch hat man sich innerhalb des Österreichischen Gemeindebundes darauf geeinigt, diese größte kommunale Veranstaltung Österreichs erst im Millenniumsjahr 1996 in Niederösterreich abzuhalten. Heuer ist daher Linz an der Reihe, wo der 41. Österreichische Gemeindetag am 29. und 30. September im Design Center stattfindet. Am Gemeindetag nimmt auch wieder eine starke Niederösterreich-Delegation teil.

Am 29. September um 14.30 Uhr gibt es zunächst die Fachtagung, Thema ist "Die Zukunft der Gemeinden in einem größeren Europa". Der eigentliche Gemeindetag am Freitag, 30. September, präsentiert eine Reihe prominenter Gastreferenten, so Landeshauptmann Josef Ratzenböck, Bundespräsident Thomas Klestil und Staatssekretärin Brigitte Ederer. Das Schlußreferat hält traditionell Präsident Franz Romeder.

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS049 1994-07-08/11:10